

Name und Anschrift des Bewachungsunternehmens:

--

An Landkreis Eichsfeld Rechts- und Ordnungsamt Friedensplatz 8 37308 Heilbad Heiligenstadt
--

Meldung von Wachpersonal zur Durchführung von Bewachungsaufgaben

(§ 9 Abs. 2 Satz 1 Bewachungsverordnung – BewachV)

In meinem/ unserem Bewachungsunternehmen ist beabsichtigt, folgende Person mit Bewachungsaufgaben i. S. des § 34a Abs. 1a Gewerbeordnung (GewO) ab _____ zu betrauen:

1. Angaben zur Wachperson

Name ggf. Geburtsname

Vorname(n)

--	--

Geburtsdatum

Geburtsort (Gemeinde/ Land)

Staatsangehörigkeit

deutsch

andere

--	--	--

Anschrift der aktuellen Hauptwohnung (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)

--

Aufenthalt in den letzten drei Jahren: wie oben angegeben wie nachstehend aufgeführt (ggf. Beiblatt verwenden)

von

bis

Aufenthaltsort (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)

Hinweis: Personalausweis/ Reisepass bzw. Aufenthaltstitel sind in Kopie mit vorzulegen.

1.2 Angaben zur fachlichen Qualifikation

Sachkundennachweis

Unterrichtsnachweis

anderer Nachweis

Der Nachweis liegt bei

ja

nein, wird nachgereicht

Hinweis: Der benannte Qualifikationsnachweis ist der Meldung in Kopie bzw. zeitnah nachzureichen und das Original zum Abgleich der Erlaubnisbehörde vorzulegen.

Ich versichere die Richtigkeit und Aktualität meiner vorstehenden Angaben und erkläre mich mit der Zuverlässigkeitsprüfung nach § 34a Abs. 1a GewO einverstanden.

Ort, Datum

Unterschrift der künftigen Wachperson

Bitte wenden!

Angaben zur beabsichtigten Bewachungstätigkeit von

- 2.1 Umfassende Bewachungstätigkeit einschließlich folgender Tätigkeiten:
- a. Kontrollgänge im öffentlichen Verkehrsraum oder in Hausrechtsbereichen mit tatsächlich öffentlichem Verkehr
 - b. Schutz vor Ladendieben
 - c. Bewachungen im Einlassbereich von gastgewerblichen Diskotheken
 - d. Bewachungen von Aufnahmeeinrichtungen nach § 44 des Asylgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. September 2008 (BGBl. I S. 1798), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 31. Juli 2016 (BGBl. I S. 1939) geändert worden ist, von Gemeinschaftsunterkünften nach § 53 des Asylgesetzes oder anderen Immobilien und Einrichtungen, die der auch vorübergehenden amtlichen Unterbringung von Asylsuchenden oder Flüchtlingen dienen, in leitender Funktion
 - e. Bewachungen von zugangsgeschützten Großveranstaltungen in leitender Funktion
 - f. Schutzaufgaben im befriedeten Besitztum bei Objekten, von denen im Fall eines kriminellen Eingriffs eine besondere Gefahr für die Allgemeinheit ausgehen kann

ODER

- 2.2 Bewachungstätigkeiten **ohne** die unter 2.1 a bis e genannten Tätigkeiten einschließlich folgender Aufgaben:
- Bewachungen von Aufnahmeeinrichtungen nach § 44 des Asylgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. September 2008 (BGBl. I S. 1798), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 31. Juli 2016 (BGBl. I S. 1939) geändert worden ist, von Gemeinschaftsunterkünften nach § 53 des Asylgesetzes oder anderen Immobilien und Einrichtungen, die der auch vorübergehenden amtlichen Unterbringung von Asylsuchenden oder Flüchtlingen dienen, in nicht leitender Funktion
 - Bewachungen von zugangsgeschützten Großveranstaltungen in nicht leitender Funktion
 - Schutzaufgaben im befriedeten Besitztum bei Objekten, von denen im Fall eines kriminellen Eingriffs eine besondere Gefahr für die Allgemeinheit ausgehen kann

Ich/ wir bestätige/n die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Mir/ uns ist bekannt, dass Änderungen zur angegebenen Tätigkeit vor einer neuer Aufgabenübertragung der Erlaubnisbehörde i. S. des § 9 Abs. 2 Satz 1 BewachV zu melden sind.

Ort, Datum

Unterschrift des Bewachungsunternehmers/ Stempel

Hinweis nach § 19 Abs. 3 des Thüringer Datenschutzgesetzes

Rechtsgrundlage für die Erhebung der Daten der Wachpersonen ist im Übrigen § 11 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 GewO in Verbindung mit § 34a Abs. 1a) GewO und in Verbindung mit § 9 BewachV. Der Zweck der Erhebung besteht darin, der zuständigen unteren Gewerbebehörde eine Beurteilung der Zuverlässigkeit des Wachpersonals und der übrigen bei der Durchführung gewerberechtlicher Vorschriften und Verfahren erforderlichen Berufszulassungs- und Berufsausübungskriterien zu ermöglichen.